

## Konferenzbeobachtung bei der Münchner Sicherheitskonferenz 2014

*Lisa K. Bogerts, Wissenschaftliche Mitarbeiterin am Lehrstuhl für Politikwissenschaft/Friedens- und Konfliktforschung an der Universität Augsburg*

Als eine von 191 BeobachterInnen aus Politik, Wirtschaft, Wissenschaft und Zivilgesellschaft besuchte ich vom 31. Januar bis 2. Februar 2014 die 50. Münchner Sicherheitskonferenz (MSK). Die Initiative „**MSKverändern**“ hatte mich eingeladen, mich als unabhängige Beobachterin für ihre Gruppe zu entsenden und so verteilte ich mich mit der Beobachterin der Gruppe auf die verschiedenen Panels.

Im Fokus der MSK standen auch in diesem Jahr „klassische“ sicherheits- und verteidigungspolitische Themen, wie die transatlantischen Beziehungen zwischen den USA und Europa, die Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik (GASP) der EU sowie die Beziehungen zwischen europäischen Staaten und Russland (Panels „Europe“, „A Transatlantic Renaissance“ und „MSC at Fifty“).

Unter anderem waren der US-amerikanische Außen- und der Verteidigungsminister zu Gast. Vor dem Hintergrund der durch die NSA-Affäre angeschlagenen Beziehungen zwischen den USA und Deutschland betonten John Kerry und Chuck Hagel, die Beziehung zwischen den USA und Europa sei noch immer das „stärkste und erfolgreichste Bündnis“, das die Welt je erlebt habe und werde es auch bleiben. Weiterhin nutzten sie die Bühne, um das in Europa höchst umstrittene Freihandelsabkommen TTIP (Transatlantic Trade and Investment Partnership) zu bewerben.

1

Bei der Jubiläumssession „MSC at Fifty: The Past, Present, and Future of International Security“ kamen ältere Politiker-Persönlichkeiten aus den USA, aus Deutschland und Europa mit dem Konferenzleiter Wolfgang Ischinger zusammen, um über die Entwicklung der MSK seit ihrer Gründung 1963 zu reden.

Alle Podiumsteilnehmer bejahten die Frage, ob ein Fortbestehen der NATO auch weiterhin notwendig sei. Der ehemalige deutsche Bundeskanzler Helmut Schmidt jedoch entgegnete beim Schlusswort, es sei ihm persönlich egal, ob die NATO in zehn Jahren noch bestehe und eine Diskussion über ihre Existenz läge weit hinter der Zeit zurück. Die Podiumsdiskussion habe ihm deshalb nicht gefallen, weil sie mehr auf die Vergangenheit als auf die Zukunft gerichtet gewesen sei. Die Europäer überschätzten ihre Bedeutung durch ihre Errungenschaften in den letzten 50 Jahren, wobei sie aber aufgrund des in Europa ausbleibenden Bevölkerungswachstums in 50 Jahren kaum mehr eine weltpolitische Rolle spielen würden. Man solle sich eher auf die Herausforderungen konzentrieren, mit denen wir durch die Macht des internationalen Finanzsystems konfrontiert seien, so Schmidt. Dieses System habe viele Menschen ins Elend gestürzt und dennoch habe man noch nichts unternommen, um eine geregelte europäische Finanzpolitik zu entwickeln. Mit diesem Kommentar sprengte Schmidt nicht nur die harmonisch inszenierte „Elefantenrunde“, sondern enttarnte auch die auf vielen Panels – und natürlich gerade bei den älteren Rednern – vorhandene Kalte Kriegs-Rhetorik, die angesichts der gegenwärtigen weltpolitischen Herausforderungen unangebracht scheint.

Neben Schmidt wurde auch der ehemalige US-amerikanische Außenminister Henry Kissinger am selben Abend mit dem Ewald-von-Kleist-Preis ausgezeichnet. Die MSK verleiht diesen Preis seit 2009 an Persönlichkeiten, „die sich in besonderer Weise für Frieden und Konfliktbewältigung eingesetzt haben“ ([www.securityconference.de/ueber-uns/ewald-von-kleist-preis/](http://www.securityconference.de/ueber-uns/ewald-von-kleist-preis/)). Vielleicht war die Preisverleihung auch deshalb eine geschlossene Veranstaltung und für BeobachterInnen nicht zugänglich, weil eine derartige Ehrung für eine Persönlichkeit wie Kissinger fast schon ironisch anmutet.

Es standen auch Themen auf der Agenda, die nicht zum klassischen sicherheitspolitischen Repertoire des transatlantischen Dialogs gehören, wie u.a. die syrische Flüchtlingskatastrophe und die internationalen Genfer Verhandlungen (Session „The Syrian Catastrophe“) und die zivil-militärische Zusammenarbeit in Post-Konflikt-Situationen (Panel „The Post-Conflict Conundrum“).

Dass sich die MSK mit solchen Fragen beschäftigt, zeigt, dass sie sich auch für Themen wie humanitäre Hilfe und Menschenrechtsschutz offen zeigen will – Herausforderungen, die in der Zusammenarbeit zur Krisenbewältigung eine nicht minder große Rolle spielen als Verteidigungspolitik. Immerhin ist das hier ebenso zentrale Thema der Erfolgsbedingungen internationaler Diplomatie, das auch auf anderen Panels der MSK immer wieder diskutiert wurde, zumindest ebenso der Versuch einer gewaltlosen Form der Krisenbewältigung.

Wenn man die Miteinbeziehung von Problematiken, wie die grenzüberschreitenden Flüchtlingsströme oder den Klimawandel in Foren wie der MSK begrüßt, sollte man allerdings bedenken, dass eine starke Einflechtung dieser Themen in Diskussionen, in denen es eigentlich um Sicherheit geht, diese auch in den Fokus von Sicherheitsinteressen rücken kann. Das Phänomen der „Versicherheitlichung“ (engl. „securitization“) bezeichnet politische Diskurse, in denen als außergewöhnlich bedrohlich wahrgenommene Entwicklungen auch als Rechtfertigung für außergewöhnliche Maßnahmen – bis hin zu militärischen Mitteln – herangezogen werden. Ein solcher Trend kann – bei aller Diplomatie – Bemühungen um eine friedliche internationale Krisenbewältigung entgegenlaufen und Opfergruppen kriminalisieren.

Neben den mehrheitlich von hohen RepräsentantInnen von Nationalstaaten, staatlichen und militärischen Institutionen sowie Wirtschaftsunternehmen besetzten Panels nahmen vereinzelt auch WissenschaftlerInnen, NGO-Vertreter und Oppositionsvertreter auf dem Podium Platz. Das sogar von einer NGO (Transparency International) präsentierte Panel „The Post-Conflict Conundrum“ fand leider parallel zu zwei anderen Panels statt und bekam in „Konkurrenz“ zu dem medienwirksam gestalteten Panel mit dem ukrainischen Oppositionsführer Vitali Klitschko natürlich wenig Publikumszulauf.

Auf dem Podium waren ein NATO-Kommandeur, eine Außen- und ein Verteidigungsminister sowie die Direktorin des Zentrums für Internationale Friedenseinsätze (ZIF), als deutsche Institution zur Förderung von zivilen Kapazitäten zur Krisenprävention, Konfliktlösung und Friedenskonsolidierung, versammelt.

Der Ansatz, nicht nur die Möglichkeiten eines Einschreitens bei akuten Krisen, sondern auch die Bedingungen von langfristigen Stabilisierungen und Friedensprozessen thematisch mit einzubeziehen, ist grundsätzlich positiv zu bewerten – auch wenn die Vertreterin des ZIF nur zum Eingangs- und zum Schluss-Statement zu Wort kam. So betonte Almut Wieland-Karimi zunächst die Einigkeit auf dem Panel, dass eine Prävention der Eskalation gewaltsamer Konflikte natürlich die wünschenswerteste Option sei. Da die Welt aber leider nicht so sei, dass dies immer gelänge, müsse man sich auch mit Post-Konflikt-Situationen beschäftigen und alle vorhandenen Akteure seien darauf angewiesen zusammen zu arbeiten. In Einsätzen fokussiere man sich zu sehr auf die militärische Komponente, wobei der politische Prozess vernachlässigt würde. Auch in der deutschen Mediendebatte denke man schnell darüber nach, ob die Bundeswehr entsandt werden solle, anstatt zuerst die ganze Palette an Möglichkeiten abzuwägen, die auch die Entsendung von MediatorInnen, ExpertInnen für den Aufbau von Institutionen und von Polizei beinhalte.

Neben der Fokussierung auf Fragestellungen zur transatlantischen Zusammenarbeit wurde der Blick auch nach Asien (Panel „Europe, America and Asia“) und Osteuropa (Panels „Global Power and Regional Stability: A Focus on Central and Eastern Europe“ und „The Belgrade-Pristina-Dialogue“) gelenkt.

Die nebeneinander sitzenden ukrainischen Politiker, der Außenminister Leonid Kozhara und der Vorsitzende der Oppositionspartei „Ukrainische demokratische Allianz für Reformen“, Vitali Klitschko, sprachen über die Forderungen der Opposition und beschuldigten die jeweils andere Seite der Provokation

von Gewalt bei den Protesten in Kiew. Der ehemalige Sicherheitsberater des US-Präsidenten und heutiger Universitätsprofessor Zbigniew Brzezinski erinnerte dabei daran, dass wirtschaftliche Erpressungen fehl am Platze seien – egal ob von russischer oder von europäischer Seite – und stattdessen miteinander geredet und verhandelt werden müsse. Ein Vertreter der russischen Staatsduma bemerkte, das Projekt der Eurasischen Wirtschaftsunion, für das die Ukraine gewonnen werden soll, sei ein Dorn im Auge der „westlichen“ AnhängerInnen einer unipolaren Weltordnung. Zudem hätten „westliche“ Politiker die Opposition in der Ukraine zu „Pogromen“ aufgerufen, die schließlich eskalieren mussten.

Beim Panel zu den Vermittlungen zwischen Serbien und dem Kosovo wurde die EU-Außenbeauftragte, Catherine Ashton, von den Repräsentanten beider Länder, Ivica Dačić und Hashim Thaçi, für ihre Bemühungen und ihr Engagement gelobt, wobei beide die außerordentliche Wichtigkeit der EU und ihr Interesse an einer Mitgliedschaft betonten. Als der Wunsch nach einer von der EU finanzierten Autobahnverbindung zwischen Belgrad und Priština zur Sprache kam, wurde wiederholt das Potential deutlich, das die MSK für StaatenvertreterInnen wahrscheinlich besonders interessant macht: Eine Einladung auf dem Podium gibt ihnen die Möglichkeit, vor einem großen Publikum einflussreicher politischer Persönlichkeiten und bei einer hohen Medienaufmerksamkeit ihre politischen Statements zu formulieren. Auch für den Veranstalter ist es ein Zeichen von Prestige, hochrangige Persönlichkeiten „an einen Tisch“ zu bekommen, auf den Hunderte Kameras aus aller Welt gerichtet sind. Gerade die medienwirksame Kombination von politischen Kontrahenten – ob bei Kozhara und Klitschko oder Dačić und Thaçi – machen die Konferenz einerseits zu einem interessanten und einmaligen Forum, das sicherlich zu einem gewissen Grad zu einer Verständigung beitragen kann. Andererseits wird gerade bei diesem Panel deutlich, dass das öffentliche Format der Podiumsdiskussion meist eher den Charakter einer „Talkshow“ als den einer politischen Konferenz annimmt. Eine tatsächliche Diskussion zwischen den RednerInnen – geschweige denn mit den TeilnehmerInnen im Publikum – kommt kaum zustande. Vielmehr nutzen die PodiumsteilnehmerInnen die Bühne für bereits bekannte Statements und Werbung für ihre politischen oder wirtschaftlichen Interessen. Die MSK scheint so auch einen Teil ihrer „Marke“ zu etablieren, die sich als ein lockeres und sehr modernes Forum von Vertrauten präsentiert. Die wahren Inhalte verhandeln diese Vertrauten – natürlich – in den Hinterzimmern und an den Esstischen und sind für Presse und BeobachterInnen unsichtbar.